



Über die Öffnungszeiten der Wolfsberger Gastgärten diskutieren SPÖ und ÖVP. Die einen wollen sie verlängern, die anderen berufen sich auf gesetzliche Bestimmungen. –ok

Wolfsberger ÖVP will Gastgärten ganzjährig offen lassen – SPÖ ist dagegen und verweist auf Gesetz

Von 8 bis 1 Uhr morgens und während des ganzen Jahres will die övp die Gastgärten öffnen. Ihr Antrag fand keine Zustimmung und wird nun abgeändert. Bürgermeister Primus sieht das Problem im Winterdienst: Schneeräumung kann keine Sessel zur Seite rücken.

Von Horst Kalk
kalk@unterkaerntner.at

WOLFSBERG. Die Gastronomie der Bezirkshauptstadt wurde zuletzt arg durchgebeutelt. Nicht nur das Coronavirus machte (und macht) ihr das Leben sauer, auch das seit 1. November 2019 geltende generelle Rauchverbot hat wenig dazu beigetragen, den Umsätzen Flügel zu verleihen.

Letzteres hat im Wolfsberger Rathaus zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen SPÖ und ÖVP, die üblicherweise gut miteinander harmonieren, geführt. Ursache war ein selbstständiger Antrag der ÖVP, der in der Gemeinderatssitzung am 6. August eingebracht worden war. Darin wurde gefordert, mittels einer Änderung der Verordnung die ganzjährige Öffnung der Gastgärten zu ermöglichen und Wirten die Erlaubnis zu erteilen, sie von 8 bis 1 Uhr morgens betreiben zu können. Die Be-

gründung der ÖVP: »Wegen der Nichtraucherregelung in den Lokalen soll ein geordneter Aufenthalt der Gäste vor den Lokalen ermöglicht werden.« Die derzeit geltende Regelung, laut der Gastgärten von 1. März bis 31. Oktober geöffnet haben dürfen, sollte aufgehoben werden.

»Uns geht es darum, dass die Wirte ihre Gastgärten länger offen halten können«

Josef Steinkellner
Stadtrat (ÖVP)

Doch der Antrag fand weder im zuständigen Ausschuss noch im Stadtrat eine Mehrheit. Bürgermeister Hannes Primus (SPÖ): »Wir ließen prüfen, ob der Vorschlag laut Gesetz umsetzbar wäre. Eine

Erweiterung der Öffnungszeiten ist aber nicht möglich.« Laut Primus stellt der Winterdienst das Problem dar: »Die Stadt ist verantwortlich, dass die Flächen bei Schneefall gereinigt werden. Wenn jemand stürzt und sich verletzt, weil nicht geräumt wurde, sind wir haftbar. Wir können bei diesen Arbeiten aber nicht die Sessel in den Gastgärten wegräumen. Deshalb ist eine Zustimmung nicht möglich.« Im Burgenland werde an einer »Extraver Vereinbarung« mit Gastronomen gearbeitet, die im Gegenzug für die Erlaubnis zum Offenhalten ihrer Gastgärten die Verantwortung für den Winterdienst übernehmen. Das sehe man sich laut dem Bürgermeister genau an: »Wir wollen den Wirten helfen, es muss aber im Rahmen der Gesetze bleiben.«

Primus weist auch darauf hin, dass die Gastgarten-Verordnung bereits 2018 angepasst wurde: »Damals haben wir die Zeiten auf

1. März bis 31. Oktober verlängert und die Sperrstunde von 23 auf 24 Uhr verlegt. Wir sind für neue Ideen offen«, wenn sie sich mit dem Gesetz vereinbaren lassen.

»Wir wollen den Wirten helfen, es muss aber im Rahmen der Gesetze bleiben«

Hannes Primus
Bürgermeister (SPÖ)

Stadtrat Josef Steinkellner (ÖVP) meint: »Uns geht es darum, dass die Wirte, denen Corona und das Rauchverbot Probleme bereiten, ihre Gastgärten länger offen halten können. Wir wollen sie damit unterstützen. Da unser Antrag keine Mehrheit gefunden hat, werden wir ihn abändern und darüber in der nächsten Gemeinde-

ratssitzung diskutieren.« Die abgeänderte Variante: Statt bis 1 Uhr sollen die Schanigärten bis Mitternacht, aber weiterhin ganzjährig offenhalten dürfen.

Energiediskussion

Abgesehen davon, dass nicht alle Anrainer mit permanent besetzten Gastgärten vor ihren Fenstern einverstanden wären, erspart sich die Gemeinde im Fall der Ablehnung eine Diskussion, die derzeit anderswo geführt wird. Haben die Gärten nämlich auch im Winter offen, werden die Besucher »beheizt« werden müssen. Die bevorzugte Methode sind dabei Heizstrahler, die jetzt Kritiker auf den Plan rufen.

Bemängelt wird der hohe Energieverbrauch: Die Umweltschutzorganisation Greenpeace rechnet vor, dass fünf Heizstrahler in den Wintermonaten so viel Strom brauchen wie ein Einfamilienhaus während des ganzen Jahres...

Außenminister Schallenberg muss sich jetzt mit dem Thema Umfahrung Lavamünd befassen

LAVAMÜND, WIEN. Eine parlamentarische Anfrage zur Umfahrung der Gemeinde Lavamünd richtete der Lavantaler Nationalratsabgeordnete Christian Ragger (FPÖ) an Alexander Schallenberg, parteiloser Minister für europäische und internationale Angelegenheiten – oder kurz Außenminister. Der Kernpunkt der Anfrage, für deren Beantwortung der Minister sechs Wochen Zeit hat, lautet: »Liegen Ihnen bereits betreffend die Streckenführung der Schnellstraße von Slovenj Gradec nach Kärnten Informationen vor?«

Wie berichtet plant Slowenien den Bau einer Schnellstraße von Velenje über Slovenj Gradec in Richtung Kärnten. Nicht bekannt ist bisher, über welchen Grenzort die Anbindung nach Ös-

terreich geplant ist. Ist Lavamünd betroffen, benötigt der Ort eine lange geforderte Umfahrung. Die kann aber nicht geplant werden, ehe das slowenische Vorhaben bekannt ist. Die Lavamünder haben es aber eilig, da die Lärm- und Feinstaubbelastung durch den Schwerverkehr schon jetzt zu

einer extremen Einschränkung der Lebensqualität führt.

Um ihre Forderung nach dem Bau einer Umfahrung zu bekräftigen, wird die »Bürgerinitiative Lavamünd« am 25. September von 11 bis 17 Uhr eine weitere Demonstration abhalten, bei der die Ortsdurchfahrt gesperrt wird.



In Lavamünd wird wieder gegen den Verkehr demonstriert. UN-Archiv



Stadtrat Schlätte (3. v. l.) mit den Marktbeschickern. Steinwender

Gemeinde St. Andrä setzt ein Zeichen für den Umweltschutz

ST. ANDRÄ. Seit 2004 ist die Stadtgemeinde St. Andrä Klimabündnisgemeinde und seit 2012 beim e5-Landesprogramm dabei. Nun wurde ein weiteres Zeichen in Richtung umweltfreundliche Gemeinde gesetzt. Die Umweltauflage besorgte wiederverwendbare Stoffeinkaufstaschen, um den Wochenmarkt plastikfreier zu gestalten. Die werden nun von den Marktbeschickern an die zahlrei-

chen Kunden ausgegeben. Umweltschutzstadtrat Heinz Schlätte (ÖVP) betonte bei der Übergabe: »Als energieeffiziente Gemeinde wollen wir hiermit ein Zeichen setzen und darauf hinweisen, dass man mit Plastik sparsam umgehen soll.« Jeden Samstagvormittag können die Besucher Gemüse, Obst, Brot und Fleisch von den hauptsächlich regionalen Marktlieferanten erwerben.